



Liebe Genossinnen und Genossen,
 liebe Freunde,

in Berlin wird es langsam herbstlich, wir hatten leider mehr Dauerregen als Schnee wie in Dortmund. Das unruhige Wetter passt gut zur aktuellen politischen Lage. Denn der anhaltende Krieg in Syrien, die Anschläge in der Türkei, die Flüchtlingsdebatte und andere Themen lassen kaum eine ruhige Minute zu. Wir arbeiten auf nationaler, europäischer und globaler Ebene weiter fieberhaft an Lösungsansätzen. Von einem Durchbruch kann man leider noch nicht reden.

Von mir persönlich gibt es immerhin eine positive Neuigkeit. Anfang Oktober hat mich die SPD-Bundestagsfraktion zur stellvertretenden wirtschafts- und energiepolitischen Sprecherin gewählt. Ich freue mich sehr, dass ich in dieser verantwortungsvollen Position tätig werden darf und blicke mit Spannung auf die neuen Aufgaben. Daneben bleibe ich weiterhin Beauftragte der Fraktion für den Mittelstand und das Handwerk.

Asylrechtsreform und Flüchtlingspolitik

Wie bereits in meiner letzten Infopost angekündigt, haben wir am Donnerstag weitere Maßnahmen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik beschlossen. Wir haben einige sinnvolle Verbesserungen durchgesetzt. So enthält das Paket u.a. Maßnahmen, um Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration stärker zu fördern sowie Änderungen im Bauplanungsrecht, um Einrichtung und Bau von Flüchtlingsunterkünften zu erleichtern. Finanziell gibt es endlich eine langfristige Regelung. Ab 2016 wird der Bund den Ländern eine monatliche Pauschale von 670 Euro pro Asylbewerber für die Dauer des Verfahrens und im Fall der Ablehnung einen Monat darüber hinaus zahlen. Er beteiligt sich außerdem mit 350 Mio. Euro zusätzlich an der Versorgung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Doch natürlich handelt es sich bei dem Gesetzespaket um einen Kompromiss, der der Union und der aktuellen Situation geschuldet ist. Besonders bitter ist, dass der Kosovo, Albanien und Montenegro nun zu den sicheren Herkunftsländern gezählt werden. Diese Regelung zeigt das Dilemma, in dem wir uns befinden. Angesichts der Flüchtlingszahlen müssen wir uns auf die Hilfe von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten wie Syrien konzentrieren. Im-

Kontakt

Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

www.sabine-poschmann.de

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

Links

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

merhin konnten wir durchsetzen, dass die Liste der sicheren Herkunftsstaaten künftig alle zwei Jahre überprüft wird. Auch die Vereinbarung, dass Flüchtlinge sechs statt bisher drei Monate in einer Erstaufnahmeeinrichtung bleiben dürfen, finde ich problematisch. Der Anspruch sollte sein, dass die Menschen möglichst kurz in zentralen Aufnahmeeinrichtungen bleiben müssen.

Wie ihr alle mitbekommt, herrscht momentan viel Uneinigkeit zwischen CDU und CSU, was die Flüchtlingspolitik angeht. Der Unmut richtet sich insbesondere gegen Angela Merkel. Diesen Kampf soll die Union mal schön alleine austragen.

Wir müssen jetzt pragmatisch an kurz- und mittelfristigen Lösungen arbeiten. Der Winter steht vor der Tür und die damit einhergehenden Probleme bei der Unterbringung liegen auf der Hand. Das heißt natürlich nicht, dass wir das große Ganze aus den Augen verlieren. Wichtig ist, dass wir die Fluchtursachen weiter bekämpfen und die Nachbarländer Syriens stärker unterstützen. Des Weiteren müssen endlich alle EU-Länder gemeinsam an der Bewältigung der Flüchtlingskrise arbeiten.

25 Jahre Deutsche Einheit

Am 2. Oktober habe ich im Plenum eine Rede anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Deutschen Einheit gehalten. Die Wiedervereinigung war mit vielen Hoffnungen und Wünschen verbunden. Nicht alle, aber doch zahlreiche haben sich erfüllt. Die Lebensverhältnisse in Ost und West haben sich angenähert, die Unterschiede in der Arbeitslosenquote und in der Wirtschaftskraft zumindest verringert. Für heutige Schulkinder ist das geeinigte Deutschland eine absolute Normalität. Trotz des Jubiläums habe ich in meiner Rede allerdings versucht, nicht nur in die Vergangenheit zu blicken, sondern nach vorne zu schauen. Ende 2019 läuft der Solidarpakt II aus. Das finanzielle Fördersystem, was darauf folgt, darf nicht an Himmelsrichtungen orientiert sein. Denn die Trennlinie in Deutschland verläuft nicht mehr haarscharf zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen. Diesem Umstand muss ein flexibles Fördersystem ab 2020 gerecht werden!

Rote Karte für Schleuser und Schlepper

Tausende Menschen sterben jährlich auf der Flucht in ein besseres Leben, weil sie sich in die Hände von Schleusern begeben. Die kümmern sich herzlich wenig um die Sicherheit ihrer „Kunden“ und schicken die Flüchtlinge auf teilweise mörderische Reisen. Um diese kriminellen Aktivitäten anzugehen, hat der Bundestag Anfang Oktober eine Ausweitung der Beteiligung an der EU-Operation EUNAVFOR MED beschlossen. Bis zu 950 Soldaten sollen dabei helfen, Schleuser in den Gewässern vor Libyen aufzuspüren. Klar ist, dass die Bekämpfung von Schleusern nur ein Element einer umfassenden europäischen Strategie zum Umgang mit den Flüchtlingsströmen sein kann. Selbstverständlich steht die lebensrettende Seenotrettung von Flüchtlingen weiterhin an erster Stelle.

Der Korruption an den Kragen gehen!

Nicht erst der aktuelle Fifa-Skandal hat uns gezeigt, wie groß das Problem der Korruption in Wirtschaft und Politik nach wie vor ist. Oft sind es gerade diejenigen mit besonders großen Gehältern, die sich dann noch illegal die Taschen voll stopfen. Mit unserem am 15. Oktober verabschiedeten Gesetz setzen wir unterschiedliche internationale Vorgaben um. Wir wollen Korruption stärker als bisher bekämpfen und die Strafbarkeit von Bestechlichkeit bzw. Bestechung ausweiten. Neben höheren Strafen und besseren Möglichkeiten der Verfolgung muss sich aber vor allem eine moralische Wirtschaftskultur in den Köpfen von Entscheidungsträgern etablieren. Ein Gesetz kann hier nur die Richtung vorgeben.

Lebenssituation von Kindern in Entwicklungsländern verbessern

In vielen Entwicklungsländern bestehen für Kinder aufgrund von Gewalt und Hunger besonders schwierige Lebensumstände. Auch mangelnder Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung sind große Probleme. Um die Situation der Kinder zu verbessern, fordern wir gemeinsam mit der Union die Bundesregierung in einem Antrag auf, die betreffenden Länder zu mehr Eigenverantwortung bei der Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit und Bildung anzuhalten und sie dabei gleichzeitig stärker zu unterstützen. Ein besonderer Schwerpunkt soll bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Verletzung der Rechte von Frauen und Mädchen liegen.

Modernisierung des Vergaberechts

Am 16. Oktober haben wir in erster Lesung die Modernisierung des Vergaberechts debattiert. Die Reform dient der Umsetzung von drei neuen EU-Richtlinien. Der Gesetzentwurf soll die öffentliche Auftragsvergabe in Deutschland umfassend reformieren, modernisieren und vereinfachen. Die genaue Ausgestaltung ist kompliziert, aber im Kern geht es darum, das Vergaberecht anwenderfreundlicher zu gestalten. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen sind die Anforderungen für die Teilnahme an Ausschreibungen aktuell oft zu hoch. Mit dem Entwurf soll diese Hemmschwelle deutlich verringert werden. Zudem sollen öffentliche Auftraggeber umweltbezogene, soziale oder innovative Aspekte bei den Vergabeverfahren geltend machen können. Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass zentrale Leistungen der Daseinsvorsorge weiter in der Hand der Kommunen bleiben. Das gilt, wenn die Kommune vor Ort entweder selbst, gemeinsam mit anderen Kommunen oder mit kommunalen Unternehmen zusammenarbeitet. Dies bleibt vom Vergaberecht ausgenommen. Auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie der Wasserversorgung ist damit vom Tisch.

Vorratsdatenspeicherung kommt

Heute hat der Bundestag die Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Künftig werden die Internet- und Telefonverkehrsdaten der Bürger zehn Wochen

lang gespeichert. Dies beinhaltet die Informationen, wer wann mit wem telefoniert hat oder eine E-Mail geschrieben hat. Die Inhalte der Kommunikation werden nicht dokumentiert. Ich habe gegen das Gesetz gestimmt. Denn ich finde es falsch, dass wir mit der neuen Regelung Bürger unter Generalverdacht stellen, ohne zu wissen, ob die Vorratsdatenspeicherung Verbrechen wirklich besser verhindern oder aufklären kann. So urteilte auch das Bundesverfassungsgericht 2010. Wegen der Unverhältnismäßigkeit der Speicherung kippte es das damalige Gesetz.

Für die SPD in Dortmund, die sich gegen das Gesetz ausgesprochen hatte, ist das Ergebnis der Abstimmung sicherlich ebenfalls eine Enttäuschung. Voraussichtlich wird das Gesetz allerdings erneut vor dem Bundesverfassungsgericht landen, sprich, es ist noch nicht alles in Zement gegossen.

In den letzten beiden Oktoberwochen stehen in Berlin keine Sitzungen an. In Dortmund erwarten mich jedoch viele Termine. Gleich morgen werde ich an den Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Makedonisch-Orthodoxe Kirchengemeinde unserer Stadt teilnehmen. Ein spannender Termin erwartet mich dann am Montag. Gemeinsam mit Kollegen der SPD-Bundesfraktion werde ich die Dortmunder Bundespolizeiinspektion besuchen und u.a. über die Sicherheit und das polizeiliche Vorgehen bei Großveranstaltungen in Dortmund sprechen. Besonders freue ich mich zudem auf die Eröffnung des DFB-Fußballmuseum am nächsten Donnerstag. Das Museum wird viele zusätzliche Gäste nach Dortmund locken. Auch andere Wirtschaftsbereiche werden davon profitieren.

Ich wünsche euch allen einen schönen restlichen und vielleicht ja sogar doch noch goldenen Oktober, auch wenn der Wetterbericht da gerade nicht viel Hoffnung macht.

Bis bald, eure

Sabine